

Mittwoch, 6. Januar 2010, 13:41 Uhr

## Dow Jones Deutschland

Aktuelle Nachrichten aus den Bereichen Unternehmen, Märkte, Konjunktur, Rohstoffe, Politik und Sport

[Nachrichten](#) ▾

[English](#)

[Unternehmens-Center](#)

[Video](#)

[RSS & Newsletter](#)

[Archiv](#)

[Über Dow Jones](#) ▾

[Kontakt](#)

[Login](#) ▾

[Unternehmen](#) [Märkte](#) [Konjunktur](#) [Rohstoffe](#) [Politik](#) [Sport](#) [Kommentare](#)

[Produkte & Services](#) [Segmente](#) [Karriere bei Dow Jones](#) [Download Center](#) [Partner](#)

[Factiva.com](#) [Factiva iWorks](#) [Companies & Executives](#) [Dow Jones Insight](#) [Dow Jones Watchlist](#) [Dowjonesnews.com](#)

[Kommentar](#)

Mehrwertsteuerprivileg der Deutschen Post muss komplett fallen

02.01.10, 11:59 Uhr | [Lesezeichen](#) | [Versenden](#)



Gastkommentar von Hans Kragt, Geschäftsführer von GTS Post

Als ehemaliges Staatsunternehmen besitzt die Deutsche Post immer noch Privilegien gegenüber ihren Konkurrenten. Nun endlich hat das Bundes Mehrwertsteuer-Privileg der Post einzustellen. Das Briefgeschäft mit Großkunden wird künftig nicht mehr zu den Universaldienstleistungen zählen diesem Segment ihre Umsatzsteuerfreiheit verliert.

Neben den privaten Dienstleistern hatte insbesondere die Europäische Union dieses Ungleichgewicht auf dem deutschen Markt lange kritisiert. Si Wettbewerbsverzerrung. Bereits 2006 leitete die EU in diesem Zusammenhang ein Verfahren gegen die Bundesregierung ein. Viel Zeit ist seitdem privaten Wettbewerbern damit reguläre sowie faire Marktbedingungen vorenthalten wurden. Nun hat das Bundesfinanzministerium eingelenkt ur Mehrwertsteuerbefreiung der Post für Briefe von Großkunden aufgehoben. Darüber hinaus sind Paketsendungen mit einem Gewicht von mehr als Zeitungen und Zeitschriften mit einem Gewicht von jeweils mehr als 2 kg sowie Expresszustellungen und Nachnahmesendungen betroffen.

Briefe und Pakete von Privatkunden dagegen sollen bei der Deutschen Post nach den Vorstellungen der Bundesregierung von der Mehrwertsteuer Deutsche Post, so argumentiert die Regierung, werde damit auch weiterhin eine flächendeckende und erschwingliche Grundversorgung sicherstell Aussicht gestellt, auf ihre Dienstleistungen keine Umsatzsteuer mehr zahlen zu müssen – allerdings nur, wenn auch sie eben diese Grundversorgt

Das bedeutet faktisch, dass im Privatkundengeschäft das Steuerprivileg der Deutschen Post grundsätzlich fortgeführt wird, denn kein Wettbewerb Universaldienst wie die Deutsche Post von heute auf morgen anzubieten. Hier bleibt letztlich nur ein Ausweg: Die neue Bundesregierung muss das komplett kippen, um allen Mitkonkurrenten einen regulären sowie fairen Wettbewerb zu ermöglichen.

[Werbung](#) | [Datenschutzerklärung](#) | [Impressum](#) | [Kontakt](#)

[Real-Time-Nachrichten](#) | [Wirtschaftsdatenbank](#) | [Medienresonanzanalyse](#) | [Fachpublikationen](#) | [Custom Publishing](#) | [Anzeigenverkauf](#) | [Konferen](#)

© 2008 Dow Jones News GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

**DOWJONES**